

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden
Herausgeber: Carl Neubauer, Dresden
Redaktion: Carl Neubauer, Dresden
Druck: Carl Neubauer, Dresden

Verlagspreis: 1.00 M. pro Woche
Anzeigenpreis: 1.00 M. pro Zeile
Abonnementpreis: 1.00 M. pro Monat

Druck: Carl Neubauer, Dresden
Herausgeber: Carl Neubauer, Dresden
Redaktion: Carl Neubauer, Dresden
Druck: Carl Neubauer, Dresden

Französische Taktlosigkeit Einseitige Erklärung zum Abbruch der Saarverhandlungen

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 8. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Saardelegation von Simon, dem der Vorsitzende der französischen Saardelegation Minister Fernot am Vorabend in seinem Hotel einen Abschiedsbesuch gemacht hatte, hat gestern nachmittag mit dem Nordpres Paris verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Kurze Zeit nach der Abreise von Simon hat Fernot eine längere amtliche Mitteilung über die Gründe der Unterbrechung der Saarverhandlungen veröffentlicht. Der wesentliche Inhalt dieser Erklärung läßt sich dahin zusammenfassen: In den Unterkommissionen ist wertvolle Arbeit geleistet und die Probleme sind klar ausgearbeitet worden. Während Deutschlands Ziel von vornherein die Wiedererlangung der vollen Souveränität über das Saargebiet war, hat Frankreich bei Eröffnung der Verhandlungen die Bedingungen gestellt, daß ihr Ziel rein wirtschaftlich sein und daß die politischen Rechte der Saarbevölkerung gewahrt bleiben müßten. Die deutschen Vorschläge entsprachen aber keineswegs den französischen Erwartungen, deren Ziel wirtschaftliche Zusammenarbeit in dem dafür besonders geeigneten Saargebiet war. Frankreich strebte weniger augenblickliche Vorteile, als vielmehr eine dauernde Interessengemeinschaft an, die die Annäherung der beiden Völker begünstigen sollte. Die Meinungsverschiedenheit, die schließlich zum Abbruch führte, bezog sich nicht nur auf die Gruben und die Zollfrage, sondern sie war grundsätzlicher Art. Die deutsche Auffassung schloß eine französisch-deutsche Zusammenarbeit aus (!). Zweifellos wäre ein positiveres Ergebnis erzielt worden, wenn Deutschland dem Geiste der Zusammenarbeit im Sinne Stresemanns treu geblieben wäre (!).

Wenn es an sich schon erkennbar und inkorrekt ist, daß der Leiter der einen Verhandlungspartei wenige Stunden nach der Abreise der anderen Partei vom Verhandlungsort eine einseitige Erklärung abgibt, so ist noch viel verwunderlicher,

daß der französische Verhandlungsleiter die außerordentlich weitgehenden deutschen Zugeständnisse als quantité négligeable behandelt und den deutschen Unter-

Händlern Mangel an richtigem Annäherungsgeist zum Vorwurf macht.

Die Annäherung Stresemanns und die betonte Wiederholung der von Frankreich angestrebten Zusammenarbeit ist nichts anderes als ein Täuschungsmittel, um im Saargebiet und in Deutschland selbst Unfrieden zu säen und den deutschen Parteiführer für französische Zwecke auszunutzen. Der Führer der deutschen Delegation hat bei seinem Abschied von Paris den Franzosen gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß er ihre Ziele durchschaue und hat ihnen offen erklärt, daß er nicht imstande sei, etwas als „Zusammenarbeit“ anzuerkennen, was den Franzosen die Handhabe gibt, auf deutschem Grund und Boden auf die Dauer den Mitigentümer zu spielen. Der deutsche Delegationsführer hat aber darauf verzichtet, den deutschen Standpunkt in einer einseitigen deutschen Rundgebung öffentlich zu verteidigen. Es wirkt nicht gerade sehr mutig und anständig, wenn der französische Delegationsführer dem deutschen seine Brandpfeile auf die Heimreise nachsendet.

Wie Frankreich Milliarden verwendet

Paris, 9. Juli. Die französischen Rüstungsausgaben werden selbst der französischen Öffentlichkeit nur tropfenweise vorgelegt. Die Zusatzkredite, die Lardieu kürzlich mit 650 Millionen Franken befristete, haben sich inzwischen auf nicht weniger als 1 120 Millionen Franken erhöht, sind aber der Form halber in zwei Abschnitte getrennt worden, um so vielleicht etwas unauffälliger zu erscheinen. Während die erste Summe von 650 Millionen am Dienstag in Form eines Gesetzesvorschlages der Kammer zur Verabschiedung unterbreitet wurde, wird die zweite Hälfte gelegentlich der Beratung über die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes von der Regierung gefordert werden. Der größte Teil dieser außerhalb des Heereshaushalts liegenden Summe soll dem Ausbau der schweren Artillerie und der Anschaffung von Tanks und Bombenflugzeugen und der Wiederauffüllung der Munitionslager dienen.

Neue Separatistenverfolgungen in Trier

Trier, 9. Juli. In Ansammlungen vor den Wohnungen früherer Separatisten ist es auch in der letzten Nacht in Trier gekommen. In verschiedenen Straßen verließen die Demonstranten, Wohnungen und Geschäfte anzugreifen. Bei Eintritt der Dämmerung erschien die Polizei mit Karabinern an mehreren Stellen der Stadt und zerstreute die Ansammlungen, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligt haben dürften. Die Straßenkreuzungen wurden mit farbigen Patrouillen besetzt, niemand durfte stehen bleiben.

Die Straße, in der sich die Polizeihauptwache befindet, wurde für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor der Wache hielten mehrere Ueberfallkommandos, die mit Tränengasbomben ausgerüstet waren.

Um 10 Uhr mühte die Polizei, da die Ansammlungen an verschiedenen Punkten zu stark gemordet waren, die Ueberfallkommandos auszurücken lassen; ihnen gelang es, die Demonstranten zurückzudrängen. Später mußten die Polizeikommandos die Straßen säubern. Einzelne Straßen wurden eine Zeitlang für jeden Verkehr gesperrt. Trotzdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß in einem Zigarrengeschäft und zwei anderen Häusern Fenstersteine eingeworfen wurden. Zwei junge Leute, die sich den Anordnungen der Polizei widersetzen, wurden verhaftet. Gegen 2 Uhr herrschte Ruhe. Während die Polizei in der inneren Stadt für Ordnung sorgte, wurde auf die am Fuße des Markusberges liegende Villa eines Zigarrenhändlers, der sich zur Zeit nicht in Trier befindet, ein Ueberfall verübt. Die Vordächer wurden durchgeschnitten und Fenster und Türen ausgehängt und zertrümmert. Das gleiche geschah mit den Möbeln in der Wohnung. Als die Polizei erschien, waren die Täter verschwunden.

Polizeiverstärkungen fahren ins Rheinland

Berlin, 9. Juli. Der Polizeipräsident von Trier hat sich wegen der bedrohlichen Lage gestern an das preussische Innenministerium gewandt mit der Bitte, Schutzpolizei nach Trier zur Hilfe zu entsenden. Das preussische Innenministerium hat dem Polizeipräsidenten von Trier seine Unterstützung zugesagt und heute bereits Unterstützungsmannschaften nach Trier, Koblenz und Wiesbaden abgehen lassen.

Die Schlichtungsstagung in Moskau beendet

Wagerees Ergebnis für Deutschland

Moskau, 9. Juli. Die deutsch-russische Schlichtungskommission, die in Moskau seit dem 16. Juni tagte, hat am Dienstagabend ihre Arbeit beendet. Die Ergebnisse der Tagung werden in einem gemeinsamen Bericht dargelegt, der den beiden Regierungen unterbreitet werden wird. Nach Beendigung der Sitzung tauschten Reichsminister a. D. von Raumer und Simonjakoff freundschaftliche Ansprachen aus. Von Raumer ist bereits nach Berlin abgereist, während das Mitglied der deutschen Kommission, von Wollke, und die deutschen Sachverständigen in Moskau bleiben, um den Bericht der Schlichtungskommission auszufertigen.

Die russischen amtlichen Stellen bewahren über das Ergebnis der Verhandlungen strengstes Stillschweigen. In aut unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß die Schlichtungsverhandlungen nicht zu dem Ergebnis geführt haben, das man deutscherseits erwartete, wenn auch die Sowjetregierung in einigen Fragen den deutschen Forderungen entgegengekommen ist. Irigendwelche große grundsätzliche Änderungen im deutsch-russischen Verhältnis sind jedenfalls nicht erzielt worden.

Ueber die Frage der Nichtteilnahme der kommunistischen Internationale in das deutsche innerpolitische Leben dürften Verhandlungen auf diplomatischem Wege aufgenommen werden.

„Graf Zeppelin“ auf der Nordflafahrt

Ueber Amsterdam und den holländischen Inseln

Hamburg, 9. Juli. Die die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, besand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 11 Uhr MEZ auf 54,25 Grad Nord und 8,10 Grad Ost mit Kurs Nordost.

Das Luftschiff hat um 6 1/2 Uhr die niederländische Grenze bei Groesbeek überflogen, von wo es mit dem niederländischen Lufthafen Baalhaven bei Rotterdam in Verbindung trat. Das Luftschiff flog in nördlicher Westwindrichtung nach Amsterdam, wo es gegen 8 Uhr erschien. Es kreiste zweimal über der Stadt und schlug dann nordwestliche Richtung ein. Von Velder aus, das um 9 Uhr überflogen wurde, verschwand es in nordöstlicher Richtung, Kurs auf die holländischen Inseln.

Gefängnis für ein Wirtschaftsgespräch

Ein Reichsdeutscher in der Tschechoslowakei verurteilt

Troppan, 9. Juli. Der aus Reife stammende Studententrat E. hatte gelegentlich seines Pfingstausfluges in Wetzlar (Tschechoslowakei) in einem Gasthaus Artikel an dem tschechischen Staatspräsidenten Masaryk und an der kulturellen Höhe des tschechischen Volkes geübt. Ein tschechischer Gast erlaubte dieses Gespräch und erhaltete sofort Anzeige. Der Studententrat wurde verhaftet und ins Troppaner Kreisgericht eingeliefert. Trotzdem bei der erst am Dienstag stattgefundenen Verhandlung der Verteidiger darauf hinwirkte, daß nur Spitzelgehören die Aussagen hätten hören können, die zu einem Tischnachbarn gemacht worden waren, wurde der „unvorsichtige“ Reichsdeutsche auf Grund der Aussage des tschechischen Zeugen nach dem Schuldspruch zu 14 Tagen strengen Arrestes verurteilt.

Während des in Troppan abgehaltenen Völkischen Tages wurde ebenfalls ein Reichsdeutscher wegen abfälliger Äußerungen über den tschechischen Staat ins Kreisrichtergesängnis eingeliefert.

Keine „Milderung“ des Regierungsprogramms

Ergänzungen können vorgenommen werden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Juli. Das Reichskabinett ist bereits am Mittwochmittag zusammengetreten, um sich mit dem Ergebnis der gestrigen Parteiführerbefragung zu befassen. In Regierungskreisen wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß eine Milderung des Regierungsprogramms nicht in Frage käme, sondern daß lediglich Ergänzungen vorgenommen werden könnten. Dieser Wortlaut ist indes nicht nur auf sich selbstverständlich, daß die Ergänzung eines Programms auch eine Änderung darstellt. Offenbar befürchtet die Regierung, daß man ihr in der Debatte, falls sie die insbesondere von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagenen Änderungen annimmt, eine Preisgabe ihres ursprünglichen Programms vorwerfen könnte.

Die Reform der Krankenversicherung

Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss

Berlin, 9. Juli. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde die gestern eingebrachte Entschließung der Regierungsparteien zur Kranksicherung angenommen. Durch die Annahme dieser Entschließung sind die übrigen zur Kranksicherung gestellten Anträge erledigt.

Der Ausschuss beschäftigte sich ferner mit der

Novelle zur Krankenversicherung.

Ministerialdirektor Dr. Grieser schilderte die große Ausgabensteigerung, die in den letzten Jahren bei der Krankenversicherung zu beobachten sei. Beim Anhalten dieser Entwicklung werde im Jahre 1935 die Gesamtausgabe der Krankenversicherung 3 Milliarden betragen. Da entfielen die Frage, ob bei solchen Kosten die Krankenversicherung noch wirtschaftlich sei. Schon jetzt werden den Arbeitnehmern 18 Prozent des Grundlohnes als Beitrag abgenommen; höher könne man nicht gehen.

Der Gesetzesentwurf will eine Verminderung der Ausgaben der Krankenversicherung erreichen.

Der Entwurf ist geboren aus der Absicht, die Krankenversicherung zu schützen gegen Möglichkeiten des Mißbrauchs. Die Zukunft der Krankenversicherung soll damit gesichert werden, denn wenn im Jahre 1935 tatsächlich die Ausgaben auf 3 Milliarden anwachsen sollten, dann würden schärfere Maßnahmen kaum zu vermeiden sein.

In der allgemeinen Aussprache stimmte Abg. Trochmann (Bayr. Vp.) der Tendenz der vorgelegten Novelle im wesentlichen zu, ebenso Abg. Dr. Agena (D. N.). Ministerialdirektor Dr. Grieser erklärte, ein gewisser Eingriff in die Selbstverwaltung sei mit der Vorlage verbunden, aber er sei notwendig, um die Krankenversicherung lebensfähig zu erhalten und um die spätere Reform der Invalidenversicherung zu ermöglichen.

Abg. Müller-Vidgenberg (Soz.) wandte sich dagegen, daß eine Art Gefährdungsgemeinschaft zwischen der

Krankenversicherung und den übrigen Zweigen der Sozialversicherung konstruiert werde. Abg. Thiel (D. Vp.) lehnte die sozialdemokratische Forderung, beamtete Ärzte anzustellen, ab. Abg. Becker-Arnstberg (Centr.) billigte die Tendenz des Entwurfs. Die Einzelberatung wurde auf Donnerstag vertagt.

Die Höchstpensionen vor dem Haushaltsausschuss

Berlin, 9. Juli. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des Abg. Breitscheid (Soz.) über Kürzung der Versorgungsbezüge bei gleichzeitiger Erhöhung des Privat Einkommens. Hierzu erklärte Reichsfinanzminister Dietrich: Die in dem sozialdemokratischen Antrag behandelten Fragen der Höchstpensionen haben schon wiederholt und bei den verschiedensten Gelegenheiten den Ausschuss beschäftigt. Zuletzt ist im vorigen Jahre die Erklärung abgegeben worden, daß die Fragen gelegentlich der Neubearbeitung des Reichsbeamtengesetzes geregelt werden sollten. Diese Erklärung ist wiederholt worden durch den Entwurf eines Ausgabenlenkungsgesetzes, in dem eine Reihe pensionsrechtlicher Bestimmungen, darunter auch die Frage der Kürzung der Pensionen bei Doppelverdienern, geregelt werden soll. Es ist nicht möglich, das Ausgabenlenkungsrecht jetzt noch dem Reichstag vorzulegen. Das wird im Herbst geschehen. Die Beratung dieser Fragen wird daher zweckmäßig bis zur Beratung des Ausgabenlenkungsgesetzes im Herbst dieses Jahres zurückgestellt sein.

Nach kurzer Debatte wurde die Beratung des Antrags gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Freitag vertagt, damit die Fraktionen bis dahin Stellung nehmen können.

Konflikt im Volkswirtschaftsausschuss

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Juli. Im volkswirtschaftlichen Ausschuss ist es am Mittwoch bei der Beratung des Milchgesetzes zu einem Konflikt gekommen. Von den Regierungsparteien war eine Neufassung für einen der Paragraphen des Gesetzes beantragt worden, doch unterlag dieser Antrag mit 14 zu 18 Stimmen, da sich der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Abg. Finkenauer, der Stimme enthielt und eine Zentrumsgewählte und eine demokratische Abgeordnete mit den Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Antrag stimmten. Das Ergebnis der Abstimmung rief im Ausschuss eine lebhaftere Erregung hervor. Die Regierung wird versuchen, ihre Fassung im Reichstag doch noch durchzubringen, da dort die Mehrheitsverhältnisse etwas anders gelagert sind.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland

Berlin, 9. Juli. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wurde, am 1. Juli 1 460 000, also um 36 000 weniger als am 15. Juni, und in der Krisenunterstützung 864 000, d. h. um 12 000 mehr als am 15. Mai.